

Vierteljähr. Bezugspreis: in Köln 8. M. 25 $\frac{1}{2}$, einschließl. Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10. M. 50 $\frac{1}{2}$, einschließl. Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 9. M. 90 $\frac{1}{2}$, ausschließl. Bestellgeld.

Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt 10 $\frac{1}{2}$ M.
Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 70 $\frac{1}{2}$ M., zuzüglich 33 $\frac{1}{3}$ % für die Reklamezeile oder deren Raum 3 $\frac{1}{2}$ M. Kriegszuschlag

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder für bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen

Vertretungen: Koblenz C. Heidenheim. Krefeld J. P. Houben. Lennop Ad. Mann
Mainz Mainzer Verl.-Anst. Mannheim D. Frenz. Mülheim (R.) H. Baedekers Buchhd
M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuvi-d-Felix Trumm. Remschel
C. A. Kochenrath. Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreac & Co. Saarbrücken C. Schäfer
Siegburg A. Fritz. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — **Sonst. Vertretel
in Deutschland:** In allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosst
Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herrn. Wülker, Wih. Schellol

Die Wohnungsfrage im Rheinlande.

Von Stadtbauinspektor Hubert Ritter, Köln.

In Tages- und Fachzeitungen liest man heute viel über ein kommende Wohnungsnot in Deutschland; zahlreiche Sitzungen finden über dieses Thema statt. Es ist an sich zu begrüßen, daß dieser Frage großes Interesse entgegengebracht wird, aber es liegt auch die Gefahr nahe, daß durch so zahlreiche Hinweise auf die Wohnungsnot eine gewisse Beunruhigung in die Bevölkerung getragen wird, die nicht für alle Teile Deutschlands begründet ist. Eine allgemeine Wohnungsnot wird in Deutschland nicht eintreten; einzelne größere Städte, deren Hauptindustrie infolge des Krieges zum Stillliegen kam, und deren Bevölkerung infolgedessen zum Teil abgewandert ist, vor allem die Städte mit Textilindustrie, haben Überfluß an leerstehenden Wohnungen. Dasselbe finden wir in Städten, in deren Umgebung die Industrie sich stark entwickelte und die Stadtbevölkerung an sich zog. Bei Neugründungen von Industrien wird man sich zweckmäßig solcher Wohnungsüberflußgebiete erinnern.

Dem Überfluß an leeren Wohnungen steht in vielen andern Orten eine ausgesprochene Wohnungsnot gegenüber. In zahlreichen Gemeinden ist schon heute keine freie Wohnung mehr vorhanden, und es ist zweifellos, daß diese Verhältnisse in der Zeit der Demobilisierung zu erheblichen Mißständen führen werden. Der Ernst dieser Sachlage wird dadurch unterstrichen, daß zur Bereitstellung von Wohnungen unter den heutigen Verhältnissen, wo Baumaterial und Arbeitskräfte nur in geringem Umfange zur Verfügung stehen, ein erheblicher Zeitraum (mindestens ein Jahr) erforderlich ist. Die Ursachen der Wohnungsnot sind sehr vielgestaltig und in den großen Städten kaum mit Sicherheit festzustellen. Die statistischen Erhebungen haben bis heute kein klares Bild ergeben.

Der Bedarf an Wohnungen ist in den einzelnen Orten ganz verschieden, verschieden nach Zahl und Größe, verschieden aber auch nach Beschaffenheit der Wohnungen. Im allgemeinen wurde beobachtet, daß es weniger an Wohnungen für Arbeiter als an solchen für untere und mittlere Beamte, besonders für solche mit zahlreicher Familie, fehlt. Ein Grund für diese Erscheinung mag darin liegen, daß die Arbeiter infolge ihrer hohen Löhne heute in der Lage sind, größere und bessere Wohnungen zu mieten und den Mittelstand aus den bisher innegehabten Quartieren zu verdrängen. In Städten wie Koblenz, wohin der Krieg zahlreiche Offiziere und Beamte führte, die auch in der Übergangszeit dort dienstlich festgehalten werden, herrscht empfindlicher Mangel an bessern Wohnungen.

Die stark überlasteten Zentralbehörden werden sich in der Wohnungsfrage zweckmäßig darauf beschränken, Erfahrungen zu sammeln und Anregungen zu geben, im übrigen aber der Initiative und dem Organisationsvermögen der Gemeinden und Genossenschaften, der Industrie und des Unternehmertums möglichst freie Bahn zu schaffen und Reibungen zu verhindern. Es ist dahin zu streben, daß die an der Wohnungsfrage interessierten Behörden und Körperschaften der größeren zusammenhängenden Gebiete, wie sie die Rheinprovinz darstellt, in enger Fühlungnahme vorgehen.

Man wird bei allen vorläufigen Maßnahmen in der Wohnungsfrage davon ausgehen müssen, daß in der ersten Zeit weder Material noch Arbeitskräfte in größerem Umfange zur Verfügung stehen, so daß man überall im Kleinen anfangen und die Leistungen dem Übergang unsrer Verhältnisse in die Friedensbereitschaft entsprechend steigern muß. Man wird darauf Rücksicht nehmen, daß zur Hebung der Wohnungsnot unter den heutigen Verhältnissen große durchgreifende Maßnahmen kaum getroffen werden können. Man wird infolgedessen an den vielen kleinen Behelfsmitteln, die uns in der vorliegenden Frage zur Verfügung stehen, nicht achtlos vorübergehen.

Dort, wo schon heute eine Wohnungsnot besteht, ist es